Art. 23, Erl. 2 b 5), 6), 7)

rechtskräftiger Urteile in das Eigentum des Volkes übergegangen sind. Bis zum Erlaß des Gesetzes blieben die Gläubiger unbefriedigt. Nunmehr können sie bis zur Höhe des Wertes der in das Volkseigentum übernommenen Vermögenswerte zu Lasten der »DDR« befriedigt werden. Indessen haften die Schuldner weiter. Die Forderung geht bei Befriedigung durch die Verwaltung auf diese über und kann von ihr weiter gegen den Enteigneten geltend gemacht werden.

5) Nach dem Gesetz vom 6. 9. 1950 (Aufbaugesetz)²³ können bebaute und unbebaute Grundstücke für den Aufbau in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahme bewirkt eine dauernde oder zeitweilige Beschränkung oder Entziehung des Eigentums und anderer Rechte. Für diese Enteignung war Entschädigung versprochen worden. Das entsprechende Gesetz erging jedoch erst am 24. 4. 1960²⁴. Dieses Gesetz bestimmt auch, daß Grundstücke und Gebäude, die durch Entzug des Eigentums in Anspruch genommen sind, mit Inkrafttreten des Gesetzes in das Eigentum des Volkes übergehen. Dingliche Rechte erlöschen. Die Entschädigung ist in Geld zu leisten. Grundlage für die Entschädigung ist der Zeitwert unter Berücksichtigung der Minderung des Bodenwertes, der vor dem Wiederaufbau eingetreten ist. Das wirkt sich besonders nachteilig bei Trümmergrundstücken aus. Für Gläubiger, deren dingliche Rechte erloschen sind, tritt die Entschädigung an Stelle des in Anspruch genommenen Grundstückes. Eigentümer von Trümmergrundstücken, die mit Hypotheken oder Grundschulden belastet sind, gehen leer aus, wenn die Belastung die Höhe des Zeitwertes übersteigt. Da wegen der Verstaatlichung der Banken (-> Erl. 2 c zu Art. 24) praktisch die Sowjetzonenverwaltung Gläubiger der meisten Hypotheken und Grundschulden geworden ist, entschädigte sich in diesen Fällen der Staat selbst²⁵. Der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten ist ausgeschlossen.

6) Im Interesse der Verteidigung können Grundstücke, wenn sie nicht durch Kauf zu erwerben sind, gegen Entschädigung in Volkseigentum überführt werden. Rechte an den Grundstücken erlöschen. Für die Entschädigung gelten die Bestimmungen des Aufbaugesetzes²⁶.

7) Eigentümer von Grundstücken mit Wohn- und Gewerberäumen unterliegen all-

23 Gesetz über den Aufbau der Städte in der Deutschen Demokratischen Republik und der Hauptstadt Deutschlands, Berlin (Aufbaugesetz) vom 6. 9. 1950 (GBl. S. 965)

24 Gesetz über die Entschädigung bei Inanspruchnahme nach dem Aufbaugesetz - Entschädigungsgesetz - vom 25. 4. 1960 (GBl. I S. 257); dazu Heller, Entschädigungen für Inanspruchnahmen nach dem Aufbaugesetz, Deutsche Fragen, 1960, S. 127

25 Entschädigungsgesetz als Druckmittel, Deutsche Fragen, 1960, S. 166

26 § 10 Verteidigungsgesetz vom 20. 9. 1961 (GBl. I S. 175)